



## Tiefere Renten für noch mehr Profite der Finanzwirtschaft? Nein zum BVG-Bschiss

Redebeitrag von Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Geschätzte Damen und Herren,

für die SP Schweiz ist klar, dass das, was uns vorliegt unter dem Titel der Reform zu Recht von unserem gemeinsamen Komitee als "BVG-Bschiss" betitelt wird. Aus Sicht der SP Schweiz haben wir aktuell in der zweiten Säule drei Probleme:

- Erstens ein Kaufkraft-Problem. Die Renten sinken seit Jahren, der fehlende Teuerungsausgleich verschärft das Problem.
- Zweitens Gleichstellungs-Problem. Die Frauenrenten sind immer noch deutlich tiefer als die Renten der Männer.
- Drittens ein Abzockerei-Problem. Die Finanzindustrie hat das BVG-System seit Einführung des Obligatoriums systematisch zu einem lukrativen Geschäft umgebaut.

Auf keines dieser Probleme gibt diese Reform eine Antwort. Meine Kolleg:innen haben die zentralen Argumente zu den ersten zwei Punkten bereits ausgeführt. Dazu kann ich mich anschliessen, die SP Schweiz kann und wird keine Hand bieten zu einer Scheinreform, die die Renten senkt statt stärkt und die Gleichstellungsproblem nicht löst. Ich möchte ihre Aufmerksamkeit auf den dritten Problembereich lenken. Wir haben in der Verwaltung der Vermögen in den Pensionskassen ein massives Effizienz- und Abzockerproblem. Das ist gemeinhin bekannt. Für die SP kommt es deshalb nicht in Frage, die Versicherten für die angebliche Sanierung zur Kasse zu bitten, ohne, dass wir dieses Problem angehen würden. Die vorliegende Reform schützt die Finanzindustrie und ihre Profite vor den Versicherten, statt umgekehrt. Und davon gibt es einige:

- Erstens sind heute 10% der Erträge aus dem Versicherungsgeschäft sind den Versicherungen und ihren Aktionären gesetzlich zugesichert, die so genannte Legal Quote. Diese macht über die letzten 20 Jahre doch immerhin gut neun Milliarden Franken aus. Wir haben versucht diese leistungsfreie Gewinngarantie in der Vorlage zumindest etwas zu reduzieren, sind aber an der gut organisierten Lobby gescheitert.
- Zweitens ist ist das Problem der Broker-Kosten nach wie vor ungelöst. Obwohl auf dem Papier Einigkeit von Pensionskassen bis Bundesrat, scheitert die Regulierung der Broker im Parlament. Ergebnis: Die Broker-Kosten explodieren, sie sind heute schon 20% als noch vor 10 Jahren.
- Drittens versickern heute unglaubliche Summen im undurchsichtigen Dschungel aus Banken, Versicherungen, Verwaltungsräten und Beratungsbüros. Die Gesamtkosten für die Verwaltung der Vermögen in den Pensionskassen betragen aktuell etwas mehr als acht Milliarden Schweizer Franken (Verwaltungskosten, Vermögensverwaltung und Kostenprämien). Das bedeutet, dass nahezu jeder fünften Franken aus Renten- und Kapitalleistungen irgendwo im Nirvana versickert. Umgerechnet sind das mehr als 1400 Franken pro versicherte Person.<sup>1</sup>
- Gerade mit Blick auf die Verwaltungs- und Vermögensverwaltungskosten bestehen enorme Differenzen zwischen den Kassen. Effizient organisierte Kassen weisen heute einen Anteil von 0.2 bis 0.25% an Vermögensverwaltungskosten an aus, gemessen am gesamten verwalteten Vermögen. Der Schnitt der Kassen liegt aber bei ca. 0.5%<sup>2</sup>. Allein mit einer Effizienzsteigerung wäre damit wäre fast doppelt so viel an Kapital gewonnen, wie die Versicherten mit der vorliegenden Reform zusätzlich einzahlen sollen.

Diese Schätzungen beruhen alle auf konservativen Annahmen. Es gibt auch Schätzungen, die den Effizienzverlust im Pensionskassensystem auf bis zu 20 Milliarden Franken pro Jahr schätzen. Damit wären dann nicht bei 1400 Franken pro versicherte Person, sondern bei 3500 Franken. Entsprechende Versuche mehr Transparenz in das System zu bringen hat das Parlament leider mehrfach abgelehnt. Dass sich die Finanzindustrie für diese Vorlag

---

<sup>1</sup> vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20243105>

<sup>2</sup> Ebd.

engagiert, überrascht deshalb wenig. Die Senkung des Koordinationsabzuges führt dazu, dass das verwaltete Vermögen zunimmt und damit für viele Vermögensverwalter auch automatisch der Gewinn - ohne, dass der Aufwand entsprechend wachsen würde. Und natürlich kommt den Versicherern die politische Panikmache um die Stabilität des Vorsorgesystems und die Senkung der Renten aus den Pensionskassen entgegen. Noch lukrativer ist es auf dieser Panikwelle den Menschen Privatversicherungen der dritten Säule anzudrehen.